

2.6 Planung von Zusammenschlüssen von Gemeinden

Eine Planung von Zusammenschlüssen von Gemeinden kann eine zusammenschlussweite Grobplanung und/oder eine Feinplanung beinhalten, die die Mitgliedsgemeinden des Zusammenschlusses umfasst. Baut die Planung auf einer landkreisweiten Grobplanung auf, sind die Übergabepunkte der landkreisweiten Grobplanung einzubeziehen. Liegt keine landkreisweite Planung vor, ist die Verbindung dieses Netzes zu den Nachbargemeinden außerhalb des Zusammenschlusses von Gemeinden zu prüfen und planerisch darzustellen sowie alle örtlich verfügbaren Übergabepunkte für die Backbone-Anbindung.

Die Planung von Hochgeschwindigkeitsnetzen ist unter Berücksichtigung aller geeigneten Übertragungstechniken anzulegen. Synergien durch bestehende Infrastrukturen sind zu erheben und auf ihre Nutzbarkeit hin zu überprüfen. Eine FTTC-Planung ist so auszulegen, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine FTTB-Planung aufgesetzt werden kann.

2.7 Planung von Gewerbegebieten

Wird eine Kommune beim Breitbandausbau aktiv, sollte sie frühzeitig erfassen, ob es in der Nähe von Wohngebieten auch Gewerbeflächen (genutzt, teilweise genutzt, geplant) gibt. Diese müssen in die Gesamtplanung unbedingt einbezogen bzw. sogar vorrangig ausgebaut werden.

Die Anbindung von Gewerbegebieten erfolgt über eine Ringtopologie. Dadurch entsteht eine redundante Anbindung. Auch der Anschluss einzelner Gewerbestandorte über Mikroröhrchen erfolgt redundant. Dabei wird ein Gewerbestandort vom Kabelverteiler aus zwei unterschiedlichen Richtungen angebunden. Bei Ausfall einer Versorgungsleitung kann der Betrieb über den zweiten Anschluss aufrecht gehalten werden.

Im Gegensatz zu Wohngebieten werden Unternehmen symmetrisch versorgt. Die für eine symmetrische Anbindung erforderliche Technik wird meist in den Ortsvermittlungsstationen (HVt) untergebracht.

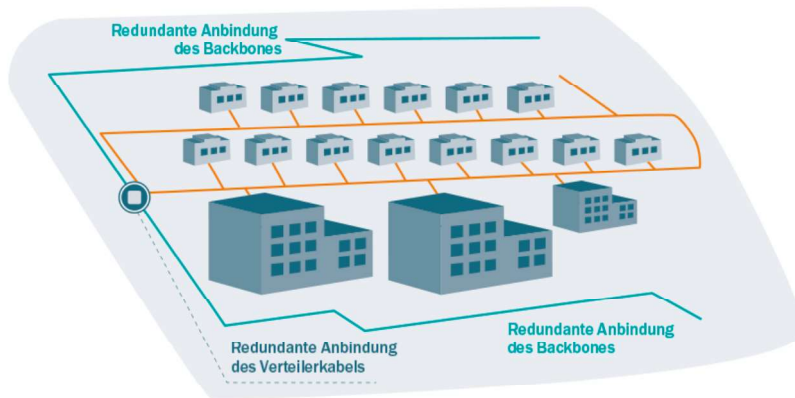


Abbildung 50: Breitbanderschließung in einem Gewerbegebiet
Quelle: atene KOM GmbH (nach Leerrohrstudie Sachsen-Anhalt, HarzOptics GmbH)

Bei neuen Gewerbegebieten muss eine ausreichende Breitbandanbindung frühzeitig – bereits bei der Erschließung – mitgeplant werden. Nur so lassen sich mehrfache Tiefbauarbeiten innerhalb weniger Jahre vermeiden – und damit zusätzlicher Aufwand, Kosten und Probleme bei der anschließenden Vermarktung der Grundstücke. Wichtig ist, dass die Kommune gemeinsam mit allen Infrastrukturträgern und einem unabhängigen Fachplaner den Ausbau des Gewerbegebietes plant und die unterschiedlichen Baumaßnahmen abstimmt. Damit lassen sich die Erschließungskosten um ca. 20 Prozent senken – die Erfahrung zeigt aber, dass eine solche abgestimmte Vorgehensweise bislang nur in 5 Prozent der Projekte erfolgt.

Auch in bereits bestehenden Gewerbegebieten benötigen die ansässigen Unternehmen in den nächsten Jahren hohe Bandbreiten mit symmetrischen Datenraten. Die Anbindung dieser Gebiete gestaltet sich jedoch schwieriger als bei neuen Gewerbegebieten, wo eine zukunftsfähige Breitbandanbindung bereits bei der Planung berücksichtigt werden kann. Umso wichtiger ist, dass sich Kommunen rechtzeitig über die künftige Entwicklung dieser Gewerbegebiete Gedanken machen und ein langfristiges Ausbaukonzept erstellt wird. Dieses Ausbaukonzept muss den mittelfristigen Bedarf und eine langfristige Leerrohrstrategie beinhalten. Mit dieser Leerrohrstrategie lassen sich anstehende Tiefbauarbeiten für die gezielte Mitverlegung von Leerrohren nutzen. Werden die oben erwähnten Ansätze – eine langfristige Planung und die Nutzung von Synergien – konsequent und umfassend umgesetzt, können ein-

zelne Breitbandausbauprojekte sehr kostengünstig durchgeführt werden. Daher lohnt sich ein Dialog mit allen Beteiligten, der alle technologischen Alternativen und Trägermodelle in Betracht zieht.

Für die Planung von Gewerbegebieten findet Sie in Modul 8 eine Checkliste.